

Kindig
Lichtenstein-Callenberg.

ein-C.
Programm.
Treue.

Hans Forsten.
im Leben in
Hauptrolle:

„Ritz“.
Hans Forsten.
im Leben in
Hauptrolle:

ung.
Uhr spricht im
ökonom Herr

inlandes.
he.
ein-Callenberg.

ng!
Waggon
feuer-
schirr

auptstr. 4
iederverkäufer.

verein Apollo.
Mittwoch 7 Uhr
„Stadtkafee.“
Erf. bring. nötig.

Preis.
Schüler-
gesellschaft
Lichtenstein.

Beerdigung unseres
Herrn Walter
aus stellen die Ka-
12 Uhr in Stadt
burg.

weiser hornloser
genbock
n Decken
Rößlig, 102 C.

ne, ins-
ne beim

nn
enen.

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callenberg, Hohndorf, Rößlig, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Wöllengrund, Rübischappel und Tirschheim.

Er scheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 M. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 M. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechsgehaltene Grundzeile wird mit 75 Pf., für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Retlame- und amtlichen Teile kostet die dreigehaltene Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 M. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtschriift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callenberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callenberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 258

Donnerstag, den 4 November 1920

70. Jahrgang

Brotmarchen-Ausgabe Freitag, den 5. Nov. 1920.
Nr. 1-500 vorm. 8-9 Uhr, Nr. 501-1000 vorm. 9-10 Uhr, Nr. 1001-1500 vorm. 10-11 Uhr, Nr. 1501-2000 vorm. 11-12 Uhr, Nr. 2001-2251 vorm. 12-12^{1/2} Uhr im Lebensmittelamt. Nr. 2251-Ende nachm. 1/3-1/5 Uhr im Gemeindefeind.
Gleichzeitig erfolgt die Ausgabe der Bezugs-marchen für demnach zur Verteilung gelangendes Rogmehl.

Milchbezahlung. Die Bezahlung der Vollmilch erfolgt für alle Inhaber von Vollmilchkarten **Sonnabend von 9-1 Uhr** nur im Lebensmittelamt.

SBK-Kauf, bei Hänel, Liegmann, Kothach und in der Apotheke gegen Vorlegung der roten Ortslebensmittelkarte. 1 Päckchen 1 Mark.
Städt. Lebensmittelamt.

Zum Decken von Röhren dürfen nur solche Bullen verwendet werden, die bei der vorgenommenen Prüfung als zur Zucht tauglich erklärt (angekennzeichnet) worden sind. Laut Beschluß des Ausschusses der freien Vereinigung für Bullenhaltung werden als Sprunggelber für jeden einzelnen Fall 10,- Mk. und für Nichtmitglied 15,- Mark erhoben.
Lichtenstein-Callenberg, den 2. November 1920.
Der Stadtrat.

Wichtig für Kartoffelhändler.
Wer in das Gebiet des Bezirksverbandes Glauchau vertragsfreie Kartoffeln einzuführen beabsichtigt, wird gebeten, erformlich **bis 10. November 1920** und dann fortlaufend 10 Tage nach der Absendung dem Bezirksverband anzugeben, wann, von wo, wohin und welche Mengen mit der Eisenbahn eingeführt werden sollen. Die Belieferung des Freistaates Sachsen, soll nur erfolgen aus den Provinzen Schlesien, Sachsen, Brandenburg, Pommern, den bei Deutschland verbliebenen Kreisen der Provinzen Westpreußen und Posen und den Freistaaten Mecklenburg-Schwerin und Strelitz. Die Angabe hat nur den Zweck, die Eisenbahnverwaltung von den beabsichtigten Transporten in Kenntnis zu setzen, damit diese die verkehrstechnisch erforderlichen Anordnungen rechtzeitig vornehmen kann. — Nr. 410 Ka. —
Bezirksverband Glauchau, den 29. Oktober 1920.
Freiherr von Welsch, Amtshauptmann.

Selbstversorger!
Anträge auf Ausstellung von Wahlkarten für Getreide und Hafer, sowie die Anmeldung des Brotgetreides für die Selbstversorger auf die Wahlperiode vom **18. Dezember 1920 bis 15. Februar 1921** sind bis zum **10. d. Mts.** bei den Wohnortsbehörden anzubringen. Die Ortsbehörden werden ersucht, die abgeschlossenen Listen bis spätestens den **12. d. Mts.** an den Bezirksverband einzureichen. — Nr. 348 a Getr. —
Bezirksverband Glauchau, am 3. November 1920.
Freiherr von Welsch, Amtshauptmann.

Zwieback.
Infolge der Erhöhung der Preise für Zucker und Margarine wird der **Kleinverkaufspreis für Zwieback** mit sofortiger Wirkung auf **4 Mk. 80 Pf.** je 1 Pfund festgesetzt.
Die Bekanntmachung vom 18. 9. wird hierdurch entsprechend abgeändert. — R. 2. Nr. 705 M. —
Bezirksverband Glauchau den 1. November 1920.
Freiherr von Welsch, Amtshauptmann.

Kurze wichtige Nachrichten.
Die „Daily News“ melden, daß die Volksabstimmung in Oberitalien voraussichtlich im letzten Drittel des Monats März 1921 vorgenommen wird.
Gannas meldet, daß der alliierte Rat seine Einladung an Deutschland zur Teilnahme an der Konferenz in Genf nicht vor Anfang Januar ergehen lassen werde. Ueber die Bedin-

„Astronomische“ Summen für die Besatzungstruppen. Die Ausfaugung Deutschlands.

Berlin, 3. November.
Im Hauptauschuß des Reichstages wurde heute die Beratung des Etats über die Friedensvertragskosten begonnen, wobei der Reichschatzminister erklärte, wir müßten den angelegten Betrag von 20 Milliarden Unkosten für den Unterhalt der fremden Besatzung auf 40 Milliarden Mark für das laufende Jahr erhöhen. Allein für die von der Entente verlangten Neubauten von Kasernen seien 120 Millionen nötig. Die Mitteilung über diese 40 Milliarden, die jegliche Portion des ganzen Reichsetats, erregte tiefe Bewegung. Der Abgeordnete Dr. Helfferich verlangte dringend die Anwesenheit des Außenministers zur Besprechung dieser unerhörten Summen. Allein für die nur 17 000 Mann starke amerikanische Besatzung geben wir täglich, buchstäblich täglich, 90 Millionen Mark aus.
Helfferich bemerkt weiter, wenn die Angabe des Reichschatzministers richtig sei, daß Amerika die Kosten seiner 17 000 Mann starken Okkupationsarmee auf täglich 1 230 000 Dollars beziffere, so seien dies rund 90 Millionen Papiermark pro Tag oder rund 32 Milliarden Mark im Jahre für 17 000 Amerikaner. Das sei doch eine vollen-dete Unmöglichkeit. (Allseitige Zustimmung.) Nach dem heutigen Kurs seien 500 Milliarden Franken an Frankreich zu zahlen. Es handele sich hier gar nicht mehr um finanzielle, sondern um astronomische Zahlen. Was heute befehlt sei, gehe weit über die im Waffenstillstandsvertrag erwähnten strategischen Punkte hinaus. Wir müssen Festhaltung an dem ursprünglichen Sinn fordern.
Der Reichschatzminister führte aus: Es sind Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen der Besatzungsmächte aufgenommen worden, und es liegt zu hoffen, daß auf diese Weise eine Milderung der Besatzungsquote erreicht werden kann. Hierzu sei es erforderlich, auf eine Herabsetzung der Besatzungsmächte hinzuwirken und ferner die Garnitionen end-

gültig festzulegen. Der Reichschatzminister gab sodann noch nähere Erläuterungen der außerordentlichen Kosten, welche bis jetzt erwachsen sind und noch bevorstehen. Er gab weiter bekannt, daß trotz der erst kürzlich erfolgten Erhöhung (Kapitel 4, Titel 1) auf 15 Milliarden eine weitere Herabsetzung des Etats leider erforderlich sei. Neue Forderungen der Besatzungsmächte und das Abschlußergebnis des ersten halben Jahres verlangten diese Erhöhung.
Bewilligt werden zunächst von dem Etat des Reichschatzministeriums 208 987 489 Mark zur Unterhaltung des über die planmäßige Stärke des ordentlichen Marinehaushaltes hinaus zur Durchführung des Friedensvertrages, in der Hauptsache für das infolge der Räumungsarbeiten noch erforderliche Personal und 20 Millionen Mark für Fürtorge für auscheidende Marineangehörige.
Nächste Sitzung Donnerstag.

gungen der Zulassung Deutschlands seien die Verhandlungen noch in der Schwebe.
Wir wir zuverlässig erfahren, hat sich das Reichskabinett in seiner vorletzten Sitzung bereits über seine Haltung gegenüber einer Einlösung der Entente in Genf, nur mit beratender Stimme an der Konferenz teilzunehmen, schlüssig gemacht. Deutschland wird eine solche Einlösung ablehnen.
Das preussische Kabinett stimmte der Entscheidung der Reichsregierung in Sachen der Autonomiefrage Oberitaliens zu.
Wie aus Berlin gemeldet wird, schloß die Reichseisenbahn den 1. Oktober mit einem Windertrag von 3,9 Milliarden, die Reichspost mit einem solchen von 1,7 Milliarden ab.
Das Reichssozialistische „Echo“ dringt einen kritischen Artikel, der besagt, daß die Erträge in ganz Deutschland für den 15. November einen großen Rückgang vorbereitet habe. Das Blatt ermahnt die Arbeiter, auf dem Posten zu sein.
Heute tritt in Berlin ein Sachverständigenbeirat zusammen, der sich mit der ev. Tarifserhöhung bei der Eisenbahn zu befassen hat.
Zwischen Bolschewisten und der Armee Wronzel in der Arnie ist eine heftige Schlacht im Gange, die Vane Bernsells soll gefährdet sein.
Aus dem Schrifttut, mit dem Kaiserin Unterzeichneten der Abgeordneten für die freie Konigswahl in Kazan sammelte, geht hervor, daß mehr als zweidrittel aller Mitglieder der Nationalversammlung für die freie Konigswahl sind. 52 Mitglieder der Nationalversammlung sind als Anhänger des Ex-längs Karl bekannt.
Als der italienische Dampfer „Morio“ in den Hafen von Buccari einfuhr, eröffnete die dortige iberische Garnison ein Mähdienengebüsch, wobei der Dampfer nach Nichte klachten mußte.
Garding hat neunmal mehr Stimmen im Wahlmannkollegium erobert, als er für eine Majorität nötig hätte. Damit ist ein Ergebnis erzielt, wie man in den Vereinigten Staaten noch nie erlebt hat.

Das Wirtschaftsprogramm der Regierung.

Die Einziehung des Reichsnotopfers.
Berlin, 3. November. Wie die „B. Z.“ erfährt, ist das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung vom Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts fertiggestellt und wird wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen dem Reichstag durch den Reichswirtschaftsminister mitgeteilt werden. Der Gedanke der Reichswirtschaftsbank ist in dem neuen Entwurf fallen gelassen, und es werden andere Mittel vorgeschlagen, welche demselben Zwecke dienen sollen.
Wie die „B. Z.“ ferner hört, ist die Vorlage über die Einziehung des Reichsnotopfers fertiggestellt und wird voraussichtlich am Donnerstag oder Freitag dem Reichstag zugehen. Sie sieht die schnelle Einziehung eines beträchtlichen Teiles des Reichsnotopfers vor, doch dürfte die Zahlung des Betrages in zwei Teilen gestattet werden.

Mit bemerkenswerter Schärfe wendet sich die „Giornale“ nahesteheende römische Zeitung „Il Tempo“ gegen die Verwickelungstaktik der italienischen Bureaucratie, die diese im Widerstreit mit den Absichten des Außenministers bei der Freigabe des kleinen deutschen Eigentums zur Anwendung bringt. Die Schuld wird nicht den Ministern, sondern einzig und allein der unter dem Vorsitz des Kommandatore Karone stehenden Kommission für die Regelung der von den Friedensverträgen abhängenden Wirtschaftsbeziehungen zugewiesen, die in offenkundigem Antagonismus zu den Regierungsstellen verharrt. „Il Tempo“ führt eine ganze Reihe von Fällen mit Namen an, in denen die absolut negative Tätigkeit dieser Kommission zum Ausdruck gelangt. So warfen u. a. der Ersorcher des römischen Forums, Prof. Dr. Husken, die bekannte Schriftstellerin Jialde Kurz, die seit einem Menschenalter in Italien gelebt hat und ein bezeichnendes Häuschen in einem kleinen toscanischen Küstendorf besitzt, die Bildhauer Hildebrand und Dehodes seit Monaten vergeblich auf den nachgekauften Reichsd. Das Blatt erwähnt auch das anscheinend ganz in Vergeßtheit geraiene Abkommen zwischen der deutschen und der italienischen Regierung, das bei Beginn des Weltkrieges geschlossen worden war und auf das die Deutschen in Italien vertraut hätten. Die bürocratische Obstruktion jener Kommission bilde ein unüberwindliches Hindernis für die Bemühungen der Diplomaten, irgendwelche Wechselbeziehungen auf wirtschaftlichem oder industriellen Gebiete zwischen den beiden Ländern herbeizuführen.

Der deutsche Besitz in Italien.

Basel, 3. November. Der deutsche Vorkämpfer in Rom hatte eine lange Beratung mit dem italienischen Handelsminister über die Wiedergutmachungsfrage im Zusammenhang mit dem deutschen Besitz in Italien und dem italienischen Besitz in Deutschland. Man erachtet mit der Möglichkeit, daß Italien dem englischen Beispiel folgen und ebenfalls einen Beschlagnahmeerzucht aussprechen wird.

Deutsches Notat

Generalsirei-Propaganda der Dresdner Erwerbslosen.
(2.) Eine vom Dresdner Erwerbslosenrat am 28. Oktober abgehaltene Versammlung hat beschlossen, für die in den Betrieben Arbeitenden den Generalsirei am 5. November auszurufen, wenn die Regierung die eingereichten Forderungen der Erwerbslosen ablehnen sollte. Das Dresdner Gewerkschaftsblatt teilt dazu mit, daß die Regierung die Forderungen nicht erfüllen kann, weil sie einfach undurchführbar seien. So würden von den Erwerbslosen Unters-